

Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern

Protokoll

der 11. Sitzung des 5. Landesjugendhilfeausschusses (LJHA) am 04.09.2008

Ort: Bischof Theissing-Haus Teterow

Beginn: 09.30 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

Leitung : Herr Heibrock, Vorsitzender

Protokoll: Frau Klose, LAGuS M-V, Abt. Jugend und Familie/
Landesjugendamt

Anwesenheit:

Die Anwesenheitsliste der 11. Sitzung wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden eröffnet und die Anwesenden begrüßt. Die Beschlussfähigkeit des 5. Landesjugendhilfeausschusses ist gegeben, anwesend sind 8 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern / Stellvertreter/innen).

TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Folgende Änderungen/Ergänzungen der Tagesordnung werden gewünscht:

- TOP 7: im Anschluss an TOP 4 behandeln, Einführung zum Thema erfolgt durch den Vorsitzenden
- TOP 6: Verlegung des Themas in der Tagesordnung auf 13.00 Uhr
- TOP 10.1: Bericht des Ministeriums für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern entfällt

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 3 Protokoll- und Beschlusskontrolle der 10. Sitzung

Das Protokoll und die Beschlusskontrolle der 10. Sitzung werden bestätigt.

Der lt. Beschlusskontrolle für den 04.09.08 geplante TOP „Geschlossene Unterbringung“ (Ergebnisse der Tagung vom 18.06.08) wird auf den 27.11.08 verschoben.

TOP 4 Fachkräfteentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe – Stand und Perspektiven (Schwerpunkt ErzieherInnen-Ausbildung)

Mit Frau Brick, zuständige Abteilungsleiterin im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern wird das Thema Fachkräfteentwicklung und -bedarf in der Jugendhilfe insbesondere am Beispiel der ErzieherInnenausbildung in Mecklenburg-Vorpommern erörtert.

Folgende Punkte stehen dabei im Blickpunkt:

- fehlende Fachkräfte und sehr großer Bedarf in den nächsten Jahren
- Ausbildungsdauer
- Vorhaltung des gesamten Ausbildungsspektrums in Mecklenburg-Vorpommern (Berufsausbildung, Fachschule und Hochschule)
- bundesweite Anerkennung der Ausbildungsabschlüsse
- Erweiterung der Qualifizierungsmöglichkeiten, Zugänge zum Fachschul- und Hochschulstudium
- Erstellung einer ganzheitlichen Bildungskonzeption für 0 - 10jährige

Die Durchführung eines Bildungsgipfels bei der Bundeskanzlerin ist geplant. Mecklenburg-Vorpommern ist in die Vorbereitung eingebunden. Zur frühkindlichen Bildung soll ein Vorschlag zur Änderung der ErzieherInnenausbildung eingebracht werden. Die frühkindliche Bildung ist ebenfalls Schwerpunktthema der Kultusministerkonferenz unter Leitung von Herrn Bildungsminister Tesch.

Mit 2 freien Trägern wurde eine Vereinbarung zur Durchführung der ErzieherInnenausbildung mit Schwerpunkt frühkindliche Bildung abgeschlossen.

Von den Mitgliedern erfolgt der Hinweis, dass die Gewinnung von Fachkräften sich in den letzten Jahren sehr schwierig gestaltet und hier unbedingt eine Erhöhung der Attraktivität des ErzieherInnenberufs erfolgen muss. Weiterhin sei zukünftig eine bessere Vernetzung der Ausbildungseinrichtungen wünschenswert.

Lt. § 11 (Fachkräftegebot) des Kindertagesförderungsgesetzes (KiföG) M-V werden nur Fachkräfte auf den Betreuungsschlüssel angerechnet. In anderen Bereichen, sh. Gesundheit ist dies anders. Mit Bezug auf die Hierarchie der medizinischen Berufe könnte eine Änderung erfolgen, so Frau Brick. Dies wird befürwortet.

TOP 7 Novellierung des Schulgesetzes M-V

Frau Brick teilt zum Stand der Gesetzgebung mit, dass die Novellierung am 03.09.08 in der Staatssekretärsrunde vorlag. Am 09.09.08 soll die Vorlage im Kabinett erfolgen, dann die 1. Lesung im Landtag.

Die Vorsitzende des Unterausschusses „Kinder- und Jugendhilfe/Bildung“ erklärt zum Arbeitstand einer Stellungnahme, dass am 03.07.08 ein Unterausschusstreffen im kleinen Kreis stattfand, jedoch eine nochmalige Diskussion zu den Inhalten im Rahmen der nächsten Sitzung des Unterausschusses erfolgen soll. Die Rückäußerung an den LJHA ist für den 16.10.08 vorgesehen

Frau Brick erklärt, dass 35 Stellungnahmen aus allen Gremien zur Novellierung vorliegen. Viel Zustimmung gibt es bezüglich selbstständiger Schule, Wahlfreiheit der Eltern beim Schulstandort, Umsetzung des Elternwillens und zur kommunalen Bestimmung zu Schülerzahlen. Kritik wurde in Verbindung mit der Schülerbeförderung (§113) geäußert. Hier wird eine freie Standortwahl verbunden mit Finanzierung sowie eine Entlastung der Abiturienten (11./12. Klasse) gewünscht. Zur Kritik bei der Privatschulfinanzierung (§ 115) soll durch die Finanzierung eine Steuerung erfolgen und die Nachhaltigkeit des Angebots gesichert werden. Eine Gleichberechtigung in Bezug auf Öffentliche Schulen soll erfolgen, jedoch kein Mehraufwand.

Der Vorsitzende des LJHA nimmt erste Anmerkungen zum Novellierungsvorhaben Schulgesetz vor. Regelungsbedarfe in Verbindung mit der Jugendhilfe werden vor allem beim Kinderschutz, der Verbindung von Jugendhilfeplanung zur Schulentwicklungsplanung und Erreichbarkeit von Schule sowie beim Übergang von Kindergarten zum Hort benannt.

Der Unterausschuss Kinder- und Jugendhilfe/Bildung wird davon ausgehend zur nächsten Sitzung eine Beschlussvorlage für den LJHA erarbeiten.

Von Frau Tegtmeier erfolgt der Hinweis zur Berücksichtigung der Ganztagsschulangebote im Grundschulbereich.

Frau Brick erwidert, dass Geld für die Hortfinanzierung vorhanden ist, aber nicht für Ganztagschule an der Grundschule. Hort und Grundschule sollten als ganzheitliches pädagogisches Angebot aus einer Hand erfolgen.

Herr Prof. von Wensierski verweist auf eine Studie seines Instituts im Hort mit Ganztagsbetreuungskomponente und sonderpädagogischem Betreuungsbedarf (Anteil). Die Sichtweise von Schule auf Hort wird als problematisch aufgezeigt. Durch die Schulkonferenz sei die Ablehnung der vollen Halbtagschule erfolgt. Die Diskussion des Themas sollte im Gesetzgebungsverfahren angestoßen werden.

Frau Tegtmeier erklärt, dass eine Teilnahme an der Ganztagschule auch bei vorhandenen Angeboten durch die Anlehnung des Schülerverkehrs an die Grundschulzeiten begrenzt ist.

Frau Brick sieht ein ganzheitliches Konzept problematisch auf Grund der strukturellen Zuordnung von Schule und Hort.

Der Vorsitzende erklärt abschließend, dass der mit dem Thema befasste Unterausschuss die Anregungen für die Erarbeitung der Beschlussvorlage zur Einflussnahme auf das Gesetzgebungsverfahren aufgreifen wird.

TOP 5 Strategien der Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“

Der Vorsitzende informiert über die Drucksache 5/1599 des Landtages M-V (sh. Internet) vom 11.07.08 zur Unterrichtung der Landesregierung zum Programm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ Strategie der Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogramms.

Frau Schmidt, Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung 2, informiert den LJHA über Maßnahmen zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“.

Unter der Federführung des Ministeriums für Soziales und Gesundheit wurde die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“, an der die Staatskanzlei, das Innenministerium, das Finanzministerium und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sowie die Landeszentrale für politische Bildung und der Beauftragte für die Stasi-Unterlagen beteiligt sind gebildet. Die Arbeit erfolgt mit wissenschaftlicher Beteiligung.

Als strategische Zielsetzung des Programms werden folgende Schwerpunkte gesehen:

- Aufzeigen und Verbesserung von Beteiligungsmöglichkeiten an demokratischen Prozessen
- Sensibilisierung der Bevölkerung im privaten und beruflichen Umfeld und Ermutigung, sich in demokratiestärkende Prozesse einzubringen
- Einflüsse rechtsextremistischer Aktivitäten zurückzudrängen

Wichtige Punkte bei der Umsetzung des Programms sind Prävention-Integration-Intervention. Das Land beteiligt sich am Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Die Beratungsnetzwerke in M-V sollen auf Regionen heruntergebrochen werden. Seit

Mai 2008 hat sich ein landesweites Beratungsnetzwerk konstituiert. Dadurch wird eine schnelle Verständigung aller Beteiligten ermöglicht. Weiterhin werden auch die Handlungsmöglichkeiten des Innenministeriums mit einbezogen.

Das erste regionale Netzwerk nahm im Juni in Ludwigslust seine Arbeit auf. Weitere Netzwerke werden regional im September bis Mitte Oktober begründet.

Durch das Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern wurden folgende Maßnahmen eingeleitet:

- Demokratiebus mit Gesprächsangebot
 - Freiwilliges Soziales Jahr „Demokratie“ (z. Zt. 20 Jugendliche in Arbeit)
 - Bearbeitung von 55 Anträge zum neu aufgelegten Bundesprogramm XENOS
- Kollegen aus ehemaligen Aktionsbündnissen treffen sich 2mal jährlich. 3 Kommunen schreiben an einem Aktionsplan. Weiterhin erfolgt die Kooperation mit anderen Bundesländern.

Auf die Frage zur qualifizierten Ausbildung von Fachkräften für den Bereich der außerschulischen Bildung antwortet Frau Schmidt, dass die Schaffung eines sozialpädagogischen Grundgerüsts als schwierig anzusehen ist.

Die Mitglieder verweisen auf die Nutzung und Stärkung von vorhandenen Strukturen. Weiterhin wird auf den rechtsextremistischen Aktionismus im ländlichen Bereich und die Professionalität des Handelns hingewiesen.

Frau Schmidt äußert dazu, dass Angebote für spezielle Zielgruppen anzuschauen sind.

Im Dezember 2008 ist ein Fachtag zum Themenfeld in Planung. Dazu soll Herr Prof. Heldt aus Tübingen geladen werden, um seine Sichtweise zur Problematik zu schildern. Der LJHA wird ebenfalls eine Einladung erhalten.

Frau Schmidt weist auf die Handreichung „Im Verein – gegen Vereinnahmung“ der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) M-V e. V. zum Umgang mit rechtsextremen Mitgliedern hin und verteilt einen Flyer zur Landeskoordinierung – Beratungsnetzwerk und Mobile Intervention in M-V zum Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“.

Pause: 12.15– 12.30 Uhr

TOP 8 Kinderschutzhotline M/V – Zwischenbericht

Herr Steinsiek berichtet zur Tätigkeit der Kinderschutzhotline beim LAGuS M-V, Abteilung Landesjugendamt.

Die Kinderschutzhotline ist als ein Baustein des in Mecklenburg-Vorpommern im Aufbau befindlichen Frühwarnsystems zusehen. Sie wurde am 01.02.08 in Betrieb genommen. Zur Tätigkeit der Kinderschutzhotline wurde eine interdisziplinäre Projektgruppe unter der Leitung von Herrn Dr. Will, Direktor des LAGuS M-V gebildet. Mitglieder sind Vertreter der Abteilung Landesjugendamt des LAGuS M-V, des Ministeriums für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern, der Jugendämter, der Arbeiterwohlfahrt, der Polizei sowie der Landesdatenschutzbeauftragte M-V.

Es wurden die technischen Voraussetzungen geschaffen und Formblätter zum Einsatz an der Hotline entwickelt. In der Abteilung Landesjugendamt wurden 3 eintägige Fortbildungen für die Mitarbeiter der Hotline durchgeführt. Weiterhin fanden

seit April 2stündige Supervisionen zur Aufarbeitung der Belastungen bei den Mitarbeitern durch den Hotline-Einsatz statt.

Der Bearbeitungsablauf einer Meldung wird aufgezeigt.

An Wochentagen, in der Zeit von 08.00 - 16.00 Uhr, wird die Bereitschaft an der Hotline durch die Abteilung Landesjugendamt abgesichert. Der Kooperationspartner, die Arbeiterwohlfahrt Westmecklenburg mit Sitz in Schwerin übernimmt den Dienst in der Zeit von 16.00 – 08.00 Uhr und an Wochenenden/Feiertagen.

An der Hotline sind in der Abteilung Landesjugendamt insgesamt 12 Mitarbeiter tätig. Während einer Bereitschaft waren bis zum 30.06.08 3 Mitarbeiter im Team tätig. Ab 01.07.08 sind nur 2 Mitarbeiter in der Bereitschaft eingesetzt. Die konkrete Arbeitsbelastung beträgt ca. 2,9 % einer Vollzeitstelle. Der Bereitschaftsdienst am Telefon ist mit ca. 20 % einer Vollzeitstelle anzusetzen.

In der Geschäftsstelle der Kinderschutzhotline sind 3 Mitarbeiterinnen zur Absicherung der Logistik tätig.

Im Zeitraum vom 01.02.08 – 31.08.08 wurde die Hotline wie folgt in Anspruch genommen:

- 216 Meldungen mit Aktivwerden der Jugendämter
- 184 Auskunftersuchen
- 942 missbräuchliche Anrufe (Problem!)

Die Kooperation mit der Arbeiterwohlfahrt bei der Umsetzung der Hotline ist als positiv zu sehen. Auch die Kooperation mit den Jugendämtern entwickelt sich positiv. Die Jugendämter sind 24 Stunden/Tag erreichbar. Die Meldebögen der Hotline tragen zur Standardisierung der Verfahren bei.

Die Umsetzung der Kinderschutzhotline ist auch Thema der Klausurtagung der Jugendamtsleiter.

Zur Nachfrage auf Rückantworten durch die Jugendämter zum weiteren Verfahren bei gemeldeten Fällen erklärt Herr Steinsiek, dass Rückmeldungen aus Datenschutzgründen nicht erfolgen. Durch die Abteilung Landesjugendamt werden nur Fallzahlen ohne personenbezogene Daten zum Zweck der Evaluation erfasst.

Der Vorsitzende ergänzt, dass das Thema Kinderschutz/Kindeswohl auch Thema einer Fachtagung in Güstrow ist. Mit 600 angemeldeten Teilnehmern zeigt die Veranstaltung damit eine hohe Resonanz aller mit dem Thema Befassten. Auch die Fortbildungen im Zentrum für Praxis und Theorie werden ebenfalls gut angenommen und weiterhin verstärkt angeboten.

TOP 6 PRORA 09

Herr Staatssekretär Schmülling bedankt sich für die Einladung des LJHA und berichtet zum Stand der Vorbereitung des Jugendevents „PRORA 09“. Die Federführung für den Event wurde von Sozialminister SELLERING an den Staatssekretär übergeben. Momentan ist das Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern mit der Klärung der Finanzierung befasst. Im Doppelhaushalt sind 250.000 Euro geplant. Fehlende Finanzmittel sollen durch Sponsoring abgedeckt werden. Künstler sollen zum Selbstkostenpreis auftreten. Zur inhaltlichen Gestaltung haben sich der Landesjugendring M-V und die Stiftung Demokratische Jugend bereit erklärt. Bis spätestens zum 30.09.2008 soll die Entscheidung zum Stattfinden von PRORA 09 getroffen sein. Ansonsten erfolgt eine Orientierung auf PRORA 10.

TOP 9 **Beschlussvorlagen**

9.1 **Zusammentreffen mit den Vorsitzenden der Jugendhilfeausschüsse Mecklenburg-Vorpommern (JHA M-V); Informationsvorlage 01/10/08**

Der Vorsitzende informiert die Mitglieder des LJHA über die im Rahmen der Diskussion des UA „Jugend- und familienpolitische Grundsatzfragen/ Jugendhilfeplanung“ erfolgte Erörterung und positive Votierung zur Entwicklung eines Fortbildungskonzeptes für JHA und eines Treffens der Vorsitzenden der JHA M-V. Zur Frage, ob ein Treffen noch in dieser Legislaturperiode stattfinden sollte, war – nach kontroverser Diskussion - die überwiegende Meinung, dass dies deshalb sinnvoll ist, als Kontinuität in der Ausschussarbeit nicht nur personell sondern auch themenbezogen ein wichtiges Kriterium für eine hohe Effektivität des JHA ist. Der Vorsitzende bittet zur inhalts- und themenbezogenen Vorbereitung des Treffens um den Gedankenaustausch im Rahmen der Sitzung im Sinne eines Brainstormings.

Folgende inhaltliche Themen werden dazu von den Mitgliedern angeführt:

- Kompetenzen bei/ Beteiligung an kommunalpolitischen Entscheidungen
- Eingliederung des JHA in kommunale Legislative
- Grundlagen des Kinder- und Jugendrechts bezogen auf kostenpflichtige/kostenfreie Leistungen

Eine Darlegung der Hauptthemen der JHA im Ergebnis einer Abfrage als Ausgangspunkt wird vorgeschlagen.

Als Termin für die Auftaktveranstaltung des Treffens der Vorsitzenden der JHA sollte der November 2008 anstrebt werden. Hier wird auf die Möglichkeit des Rückgriffs auf Erfahrungen der bestehenden JHA und eine thematische Weiterentwicklung hingewiesen.

TOP 10 **Berichte**

10.1 **Bericht des Ministeriums für Soziales und Gesundheit**

Entfällt.

10.2 **Berichte der Vorsitzenden der UA des LJHA**

Protokolle der Sitzungen liegen vor.

10.3 **Bericht des Vorsitzenden des LJHA**

Keine weiteren Äußerungen.

10.4 Bericht der Verwaltung der Abt. 2 des LAGuS M-V (Landesjugendamt)

Herr Steinsiek informiert zu folgenden Punkten:

- Wettbewerbsausschreibung „Familienfreundlichste Kommune in M-V“: Ausschreibung ist per 23.06.08 gestartet.
- Modellprojekt zum Praxisbegleitsystem für Soziale Dienste der Jugendämter M-V: Beginn des Modellprojektes war am 03.09.08. Die Durchführung erfolgt durch die Geschäftsstelle des Kinderschutzes Brandenburg. Es beteiligen sich 7 Jugendämter (HGW, HRO, MÜR, DBR, NWM, NB, DM)
- Arbeitsgruppe „Arbeitszeit = Bereitschaftszeit“: Der Bericht der Arbeitsgruppe befindet sich in der Abstimmung und wird in einer der nächsten Sitzungen dem LJHA vorgestellt.
- AG „Evaluation § 8a SGB VIII“
Mit dem Abschluss der Evaluation ist Ende 2008 zu rechnen.
- Konzeptentwicklung zur Unterbringung von Mutter und Kind in der Jugendanstalt Neustrelitz (sh. auch TOP 11)

10.5 Berichte der Mitglieder des LJHA

Herr Beyer fragt nach, wie der aktuelle Kenntnisstand zum Gutachten „Benchmarking in der Jugendhilfe“ ist? Die Hansestadt Wismar soll bis zum 15.09.08 eine Stellungnahme dazu abgeben.

Herr Steinsiek erwidert, dass kein neuer Stand bekannt ist. Als Reaktion auf das Gutachten erfolgt eine inhaltliche Befassung mit für die Personalbemessung im Allgemeinen Sozialen Dienst relevanten Kriterien. Mit einem derartigen Kriterienkatalog wären die Kommunen in der Lage, das schwierige Thema qualifiziert anzusehen.

Frau Schmidt ergänzt, dass Anhörungstermine im Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern stattgefunden haben. Ergebnisse sind nicht bekannt.

Eine Befassung des LJHA mit dem Thema wird vorgeschlagen.

Der Vorsitzende empfiehlt die Einladung eines Vertreters des Innenministeriums sowie des Ministeriums für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern.

Frau Müller äußert Kritik zur Einbeziehung des LJHA bei der Erarbeitung von Richtlinien. Es muss eine frühzeitige Befassung ermöglicht werden.

Herr Heibrock informiert über den Beginn der Umsetzung des Curriculums „Lehrer in der Schulsozialarbeit“ im Zentrum für Praxis und Theorie Güstrow-Schabernack. Es nehmen 26 Lehrer teil. Die Teilnehmer sind sehr motiviert.

Der Landesjugendring arbeitet an der Erhebung zu einem Sanierungskonzept der nichtkommerziellen Jugendübernachtungsstätten.

TOP 11 Sonstiges

Herr Koch informiert über die Einrichtung einer Mutter-Kind-Abteilung in der Jugendanstalt Neustrelitz. Bis Ende 2007 erfolgte die Unterbringung aller weiblichen Inhaftierten in der JVA Bützow. In einer eigenen Abteilung waren 15 Plätze

verfügbar, die durchschnittlich mit 3 – 7 Frauen belegt waren. Es zeichnet sich eine fallende Tendenz ab.

In der Jugendanstalt Neustrelitz können nach abgeschlossenen Umbauarbeiten jetzt 2 Mütter mit jeweils 2 Kindern untergebracht werden. Die gemeinsame Unterbringung von Müttern mit Kindern bis 3 Jahren erfolgt in enger Abstimmung mit dem örtlichen Jugendamt.

Weitere Informationen im LJHA zum Thema sowie ein Vor-Ort-Termin werden angeboten. Die Durchführung einer LJHA-Sitzung in der Jugendanstalt Neustrelitz wird vorgeschlagen. Eine Terminabstimmung muss noch erfolgen.

Frau Balzer fragt zur Umsetzung des Entlassungskonzeptes nach?

Herr Koch erwidert, dass die Umsetzung seit dem 01.10.07 erfolgt. Zur Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe hat bereits eine gemeinsame Veranstaltung mit dem LAGuS M-V, Abteilung Landesjugendamt und den Jugendämtern M-V stattgefunden.

Die nächste Sitzung des 5. LJHA findet am 16.10.08 im Haus der Kommunalen Selbstverwaltung Schwerin statt.

• **Vorschläge für die Tagesordnung der Sitzung am 16.10.08**

- Empfehlungen zur Schulsozialarbeit (Herr Wergin, Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern)
- Vorstellung des Kinder- und Jugendhilfetages 07./08.05.2009 (Frau Dr. Braun, ZPT Güstrow-Schabernack)
- Austausch zur Umsetzung des Nichtraucherschutzgesetzes in M-V
- Umsetzung Arbeitszeitgesetz
- Stellungnahme zur Novellierung des Schulgesetzes M-V (UA Kinder- und Jugendhilfe/Bildung)
- Sitzungstermine 2009